

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889**

23.3.1889 (No. 81)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 23. März.

N<sup>o</sup> 81.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1889.

## Ämthlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 11. d. M. ist der Generalmajor z. D. Bergius in Baden-Baden, zuletzt Oberst à la suite des Infanterie-Regiments Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westfälisches) Nr. 15 und vom Nebenetat des großen Generalstabes, in den Adelsstand erhoben.

## Nichtämthlicher Theil.

Karlsruhe, den 22. März.

Im ungarischen Unterhause geht die Debatte über den Artikel 25 der Behravorlage, nachdem die Opposition alle Mittel zur Verlängerung der Diskussion erschöpft und mit ihrem anstößigen Verhalten sogar die Obstruktions-taktik der Parzellisten im englischen Unterhause in den Schatten gestellt hat, zu Ende. Man erwartet für morgen die Abstimmung, von der es trotz des vorangegangenen hitzigen und schier endlosen Redegeflüchtes ungewiss ist, daß sie im Sinne der Regierung ausfallen wird. Hoffentlich hören mit der Debatte über den meistange-fochtenen Paragraphen der Behravorlage auch die Strophen-erzesse, zu denen dieser Paragraph Veranlassung gegeben hat, auf. Gestern trugen sich in den Straßen von Pest wieder tumultuarische Szenen zu, die ein energisches Ein-schreiten der bewaffneten Macht notwendig machten. Es wurden im Ganzen 94 Personen verhaftet. Von den Abends verhafteten 70 Personen sind, wie ein Telegramm uns meldet, die meisten Arbeiter und Handwerker. Vom Unterrichtsminister sind sehr energische Anordnungen gegen die fernere Theilnahme der Studenten an den Straßen-demonstrationen getroffen worden. Der Minister ver-fügt, daß die Namen aller Studenten, die wegen Be-theiligung an den Straßenzügen verhaftet oder bestraft werden, von der Polizei dem Universitätsrat angezeigt werden sollen und daß der Senat die strengsten Dis-ziplinarmassregeln zu ergreifen und über jeden einzelnen Fall dem Unterrichtsminister zu berichten habe. Zugleich wird das Verbot der Universitätsgebäude für offenes Straßengebiet erklärt und demgemäß der Polizeigewalt überantwortet. Der Minister droht, falls diese Anord-nungen allein nicht hinreichen sollten, die Studierenden von Ruhestörungen abzuhalten, die Schließung beider Hochschulen auszusprechen, was für die Studenten den Verlust eines Studienjahres bedeuten würde. Die An-ordnungen des Ministers sind der Studentenschaft durch öffentlichen Anschlag zur Kenntniß gebracht worden und werden hoffentlich die gewünschte Wirkung haben.

Der gegen Paul Déroulède eingeleitete Prozeß nimmt einen ernsteren Charakter an; die Klage lautet nicht nur, wie diejenige gegen Laguerre, Laiffant und die anderen Häupter der Patriotienliga auf Theilnahme an einer geheimen, also ungesetzlichen Gesellschaft, sondern Déroulède ist auch auf Grund des Artikels 84 des Strafgesetzbuches angeklagt, durch sein bekanntes Telegramm an Schinoff den Staat der Gefahr einer Kriegserklärung ausgesetzt zu haben. Déroulède's Telegramm an den „freien Ro-saken“ ist der Patriotienliga verhängnisvoll geworden; es gab, wie erinnerlich, den unmittelbaren Anlaß zum gerichtlichen Einschreiten gegen die Liga und könnte nun, wenn das Gericht eine Zuwiderhandlung gegen den Artikel 84 des Strafgesetzbuches als vorliegend anerkennt, auch für den Begründer der Patriotienliga persönlich sehr empfindliche Folgen haben. Die Angelegenheit der Pa-triotienliga dürfte in den ersten Tagen des nächsten Monats vor das Zuchtpolizeigericht kommen.

## Deutscher Reichstag.

\* Berlin, 21. März.

In der heutigen Plenarsitzung des Reichstages bildete den ersten und wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung die zweite Beratung des Nachtrags zum Etat für 1889/90. Durch den telegraphischen Bericht ist der Verlauf der Diskussion bereits hinlänglich gekennzeichnet worden; wir tragen deshalb nur die Rede nach, mit welcher der Reichs-tanzler Fürst Bismarck in die Debatte über die Trennung des Oberkommandos von der Verwaltung der Marine ein-griff. Fürst Bismarck sagte nach dem Sitzungsberichte der „Köln. Ztg.“ Folgendes:

Sie werden es begreiflich finden, wenn ich auch vom Stand-punkt des Reichstanzlers, der für die Reichsverwaltung im Ganzen verantwortlich ist, gegen die Äußerung des Herrn v. Frankenstein mich wende, daß, wenn diese Sache wirklich so dringend wäre, sie früher hätte vorgebracht werden müssen, und daß sie ebenso eilig, wie heute, am Tage der Vorlegung des Budgets, hätte sein müssen. Ich möchte den Herrn Abgeord-

neten doch bitten, zu erwägen, daß wir im vorigen Jahr hinter-einander zwei Thronwechsel gehabt haben, daß wir zwei Sou-veräne gehabt haben, die für die Landarmee ein sehr hohes In-teresse, für die Marine dasselbe nicht in gleichem Maße haben konnten, und daß Seine Majestät der jetzige Kaiser erst eine ge-wisse Zeit brauchte, ehe er sich über die Anträge, die in Bezug auf die weitere Entwicklung der Marine an den Reichstag ge-bracht werden sollten, schlüssig machen konnte, sowie daß von einem Monarchen, der im Interesse der Erhaltung des euro-päischen Friedens vorerst mit Reisen, Besuchen und Aufgäben sich zu beschäftigen hatte, die diesen Zweck haben, man nicht wird verlangen können, daß er mit der Schnelligkeit eines um Jo-hanni rechtzeitig verwandten und vernahnten Rathes im Mini-sterium sich schlüssig machen soll über das, was vorgelesen ist. Ich bin überzeugt, daß Herr v. Frankenstein, wenn er diese Stellung des obersten Kriegsherrn zur Marine sich vergegen-wärtigt, uns daraus keinen Vorwurf wird machen wollen, daß das, was heute vorgelegt ist, nicht schon vor 3 oder 4 Jahren vorgelegt worden ist. Ich wünsche zwar nicht, daß es so eilig mit dieser Maßregel wäre, es würde damit eilig werden, sobald die Ausführenden, die wir jetzt auf die Erhaltung des Friedens haben, uns trügen würden. Der Zustand, wie er von 1861 bis 1873 bestanden hat, konnte doch nur dadurch bestehen, daß ein sehr militärfrommer Kanzler in Bezug auf jede Einmischung in die Dinge eine große Enthaltensamkeit übte. (Heiterkeit.) Dem Reichskanzler stehen da zwei ganz heterogene Behörden gegenüber, das eine die Kommandobehörde, die lediglich in der Hand des Kaisers liegen soll, der im Krieg und Frieden über die Marine soll verfügen können, das andere die Verwaltung, die finanzielle Behörde, die in erster Linie dem Reichskanzler Rechenschaft schuldig ist, die sich aber nicht rühren kann, ohne Bewilligung des Reichstages. Einmischungen des Reichstanzlers in das Kommando des Heeres und der Marine hatte ich auf das Sorgfältigste zu verhindern, weil der Reichskanzler vom Reichstage in einer gewissen Abhängigkeit ist, und Einmischungen des Reichs-tages in die bewaffnete Macht und deren Kommando die größten Gefahren herbeiführen würden. Das werden Sie Alle zugestehen, deshalb halte ich diese Trennung für erforderlich, um die Rechte des Kaisers und die Rechte des Reichstages über die Beamten, welche ihm Verantwortlichkeit schuldig sind, festzuhalten. Der Oberkommandirende der Marine soll meines Erachtens ein viel zu hochstehender Soldat, will ich sagen, sein, um mit dem Reichs-tanzler und mit dessen Verantwortung, mit dessen Verfügungen irgend etwas zu thun zu haben. Hätte ich mich nicht bisher irgend einer Einmischung in die Dinge enthalten, so wäre es schon bis jetzt nicht gegangen. Ich habe das Bedürfnis, daß meine ver-fassungsmäßige Pflicht der Einmischung auf die Grenzen be-schränkt werde, innerhalb deren sie von der Verfassung über-haupt nur gemeint sein kann. Die frühere Verflechtung beider Stellen war ja möglich, weil unsere Marine unfertig und klein war. Deutigen Tages, wo sie so stark wird, wo sie nach unserm Bedürfnis befähigt und aggressiver Natur sein soll, wird sie meines Erachtens die volle Kraft eines ganzen Mannes abfor-dern. Es wird gar nicht die Zeit haben, sich um die Verwaltung und um seine Verantwortlichkeit dem Reichskanzler gegenüber irgendwie zu kümmern, und wenn er sich Zeit dazu nehmen wollte, würde er sein Kommando vernachlässigen. Ich halte das bisherige Verhältnis für gerade so unnatürlich, wie es sein würde, wenn der dem preussischen Landtage oder indirekt dem Reichstage dem Reichskanzler verantwortliche Kriegsminister zugleich kom-mandirender General eines oder mehrerer Armeecorps sein würde. Würden Sie das nicht Alle nicht bloß militärisch, sondern von dem Standpunkte des reinen Civilisten als eine ungeheuerliche Abnormität betrachten? Diese Abnormität habe ich zehn Jahre lang, ja ich weiß nicht, noch länger mißsam durchgeführt, und zwar nur durch meine Bescheidenheit (Heiterkeit) in Bezug auf Einmischungen: setzen Sie an meine Stelle einen herrschsüchtigen Kanzler (Heiterkeit), so wäre es nicht gegangen. Deshalb halte ich von meinem in der Verfassung begründeten Standpunkte die Trennung des Kommandos von der Verwaltung für unabwendbar und ich glaube, Sie selbst werden, wenn Sie die Ihnen auf die Ver-waltung zusehenden Rechte streng ansähen wollen, den außer-verfassungsmäßigen Einfluß, den das Kommando unter Umständen durch sein Gewicht und seine Macht dem verantwortlichen Reichs-tanzler gegenüber üben kann, perhorreszieren und vermeiden. Sie müssen in Ihrem Interesse meines Erachtens eine strenge Schei-dung von Verwaltung, von Reichstag und von kaiserlichem Mil-iärkommando durchführen. Ich würde es lebhaft bedauern, wenn die Entscheidung über diese Vorlage aufgeschoben oder die Vor-lage abgelehnt würde, ich würde mir nur dadurch helfen können, daß ich dieselbe Haltung, wie ich sie bisher ausgeübt, auch ferner übe, das heißt, daß ich mich auf die Stellvertretung, die ich in der Marine habe, vollkommen verlasse und jede Verantwortlichkeit ablehne. Denn ich bin vollkommen berechtigt, sie abzulehnen, so-bald ich vertreten bin. Ich mache von dieser Berechtigung sehr selten Gebrauch. Ich bede mich nicht gern mit der Verantwortung anderer, aber wenn ich mich in der Lage befinde, daß ich für das, was mit der Verfassung übereinstimmt, was zur Entlastung meiner Verantwortlichkeit, zur Beschränkung auf das mir ver-fassungsmäßig zugewiesene Gebiet unabweislich ist, nicht die Zu-stimmung des Reichstages haben sollte, so muß ich mich auf die Stellvertretung zurückziehen und abwarten, was geschieht. Die weitere Entwicklung würde zum großen Nachtheil der Marine sein, auch wenn das Provisorium nur noch ein Jahr lang bleibt. Daß das für die Freiheit und den Diensteser nicht wünschens-wert ist, werden Sie mir selbst zugeben, das ist aber ein mini-maler Grund. Der Hauptgrund für mich ist, als Reichskanzler fordere ich im Namen der Verfassung die Trennung, sie ist ver-fassungsmäßig vorgeschrieben. Ich habe keine Verantwortung für das Kommando und ich kann den Herrn, der das Ganze kom-

mandirt und die Verwaltung führt, nicht in Theile von  $\frac{2}{3}$  und  $\frac{1}{3}$  zerlegen, von denen  $\frac{1}{3}$  mir gebührt und das andere ihm unab-hängig von meiner Verantwortung. (Beifall.)

## Deutschland.

\* Berlin, 21. März. Seine Majestät der Kaiser entsprach gestern während seiner Anwesenheit in Pots-dam nach Beendigung der Besichtigungen der Offiziers-reitstunden beim Regiment der Gardes du Corps und beim Leib-Garde-Fusarenregiment einer Einladung des Offiziercorps des Leib-Garde-Fusarenregiments zum Frühstück nach dem Offizierskasino und kehrte darauf mit seiner Begleitung mit dem Zuge um 2 Uhr 7 Min. von Potsdam nach Berlin zurück. Bald nach seinem Eintreffen im hiesigen königlichen Schlosse hörte Seine Majestät den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls v. Liebenau, empfing am Nachmittag um  $4\frac{1}{2}$  Uhr Seine Durchlaucht den Herzog von Ratibor und konferirte so-dann auch noch längere Zeit mit dem Minister des könig-lichen Hauses v. Wedell und dem Staatssekretär Grafen Bismarck. Hierauf entsprachen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin einer Einladung des Grafen Waldersee zur Tafel.

Seine Majestät der Kaiser erhielt die Depesche, welche die Geburt eines Sohnes des Prinzen Heinrich meldete, während der Besichtigung der Offizier-Dienst-pferde in der Reitbahn des Leib-Garde-Fusaren-Regiments. Sogleich ließ sich der Kaiser mit dem Prinzen von Pots-dam nach Kiel durch Telephon verbinden, um höchstbem-selben seine Glückwünsche zu sagen.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck begab sich heute trotz des Regenwetters zu Fuß nach dem Reichs-tage, woselbst die übliche Donnerstagsitzung des Bundes-raths stattfand, und wohnte dann der Verhandlung des Reichstages über den Nachtragsetat bei. (Vergl. den Sitzungsbericht.)

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Staatsmini-ster Graf Bismarck, hat sich heute früh zu einem etwa acht-tägigen Aufenthalt nach England begeben.

Die polnische Reichstagsfraktion wählte nach der „Magdeb. Ztg.“ den Fürsten Radziwill zu ihrem Vorsitzenden.

Im Abgeordnetenhaus erklärte heute bei der dritten Beratung des Etats der Finanzminister auf eine Anfrage Hanmachers, die Regierung wünsche lebhaft, das neue Einkommensteuergesetz zu Stande kommen zu sehen. Bei der großen Schwierigkeit der Materie könne es nicht auffällig sein, wenn trotz der längst herrschenden Einstimmigkeit des Ministeriums die Regelung sich verzögere; dazu kämen äußere Umstände, welche einen schnellen Abschluß hinauschieben; er (der Minister) hoffe, jeden-falls noch in dieser Session den Entwurf vorlegen zu können. Bei der Beratung über den Etat des Mini-steriums des Innern brachte Abg. Kidert das Verbot der „Vollzeitung“ zur Sprache. Der Minister des Innern erklärte, er halte sich heute nicht für befugt, die Frage materiell vor dem Landtag zu erörtern. Der Polizeipräsident sei formell zu einem Einschreiten berech-tigt gewesen. Eine Beschwerde seitens Berleger und Drucker sei angebahnt. Die Entscheidung ruhe einzig und allein bei der Reichskommission und er habe nicht das Recht, derselben vorzugreifen. Ueber das Verbot der angeblichen Fortsetzungen habe der Richter zu ent-scheiden. Nach weiterer unerheblicher Debatte wurde die dritte Lesung des Etats erledigt.

Aus Ostafrika lauten die neuesten Nachrichten, welche hier eingetroffen sind, günstiger, und der Aufstand macht ersichtlich keine Fortschritte mehr. Es hat sich so-gar die charakteristische Erscheinung gezeigt, daß in den von den Rebellen besetzten Häfen von den von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft eingesetzten Arabern noch Zölle erhoben werden können, welche an den Sultan ab-geliefert werden. So sind noch einige, wenn auch geringe Summen aus Pangani, Kilwa, Sindi eingelaufen. Man sieht daraus, daß gewisse Kreise der Bevölkerung es doch nicht ganz mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und dem Sultan verderben wollen und daß sie kräftig genug sind, wenigstens den Schein der Aufrechterhaltung einer gewissen Autorität zu wahren, im Hinblick auf einen etwaigen Umschwung der Verhältnisse.

Kiel, 21. März. Se. Königl. Hoheit der Prinz Heinrich ließ dem Bürgermeister Fuß seine Freunde aus-drücken für die Zeichen der Theilnahme an dem gestrigen freudigen Ereigniß, besonders für den reichen Flaggen-schmuck der Stadt.

Stuttgart, 21. März. Der württembergische Land-tag ist auf den 3. April einberufen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. März. Seine Majestät der Kaiser, Aller-

höchstwichtig am Samstag die Kaiserin und die Erzherzogin Valerie hierher begleitet, kehrt am Montag nach Pest zurück. — Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Verhandlung über das Unterrichtsbudget fort. Die Debatte bewegte sich hauptsächlich um die Frage der konfessionellen Schule. Der Generalredner der Linken, Beer, trat entschieden für die Neuschule ein. Der Generalredner der Rechten, Klun, betonte die dringende Notwendigkeit der Reform des Schulwesens. — Bei den hiesigen Gemeinderatswahlen im zweiten Wahlgang wurden heute sieben Liberale und vier Kandidaten der „vereinigten Christen“ gewählt. Eine Stichwahl ist erforderlich. Die „vereinigten Christen“ gewannen drei Mandate. — Zum österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Moskau wurde Gsiller ernannt.

Ueber die Revolveraffäre im Vestibule des ungarischen Parlamentsgebäudes geht dem „Fremdenblatt“ aus Pest ein ausführlicher Bericht zu, den wir zur Ergänzung unserer telegraphischen Mitteilungen über den dauerlichen Vorgang hier wiedergeben. Man telegraphiert dem genannten Blatte vom 19. März folgendes: Nach Schluß der Abgeordnetenhausung herrschte im Vestibule großes Gedränge, die Abgeordneten entfernten sich, Fremde drangen ein. Unter den Eindringenden war auch ein junger, bartloser Mensch, der laut auf die „Mameluken“ schimpfte. Der 72jährige Emerich Jozanka sagte ihm, er möge sich entfernen. Der Eindringende schrie den Greis groß an, darauf legte ihm Kobonczay die Hand auf die Schulter, um ihn hinauszuweisen. Der Vermessene aber drehte sich um und schlug Kobonczay ins Gesicht. Dieser, seiner Sinne kaum mächtig, zog seinen Revolver aus der Tasche und schob den Durschen ins Bein. Die Szene, die folgte, war unbeschreiblich. Vor einer Verbindung durch Abgeordnete rettete den verwundeten Durschen, der auch infolge der mittlerweile erhaltenen Schläge aus der Wunde blutete, der Quästor Graf Teleki mit seinem Sekretär Deseffly. Man brachte ihn mit Hilfe von Polizeisten in die Quäkur, wo der Dursche, der immerfort noch die unflätigsten Verwünschungen auf die „Mameluken“ ausstieß, entleidet wurde. Am rechten Oberschenkel ergab sich eine kleine Blutung. Der Arzt erklärte, die Kugel sei in den Körper gar nicht eingedrungen und sei keine Verletzung vorhanden. Auf Befragen des Polizeihauptmanns gab der Dursche an, der absolvierte Realschüler Koloman Schamozil, Sohn eines Ingenieurs zu sein, und zeigte durch sein Urlaubsbüchel, daß er für das 13. Husaren-Regiment als Einjähriger assentiert sei. Unterdessen hatte sich das Gerücht auf den Straßen verbreitet, ein Jurist sei von liberalen Abgeordneten erschossen worden, und als Minister Tisza fortfuhr, schrie man ihn als Mörder, Räuber und Schurken an. Es kostete Mühe, der Menge begreiflich zu machen, daß einem Juristen nichts geschehen und daß der gefallene Schuß niemanden ernstlich verletzt. Durch Telephon rief man mittlerweile berittene Polizei und die Rettungsgesellschaft herbei. Die Organe der letzteren waren mit der Arbeit bald fertig und um 1/5 Uhr konnte Schamozil in seine Wohnung gebracht werden. Die Polizei forderte die Menge wiederholt auf, auseinander zu gehen, und nachdem berittene Polizei kam, ging auch alles auseinander. Der Fall, durch das Gerücht vielfach entsetzt, rief in der Stadt große Aufregung hervor. In den Parteilubs wird er heute den Gegenstand der Besprechung bilden. Die Studenten wollen sich der Affäre abermals bemächtigen. Einer späteren Meldung zufolge ist laut Befund des Polizeiarztes die Wunde, welche dem Angreifer am rechten Oberschenkel beigebracht wurde, acht Centimeter tief und hat den Umfang eines halben Kreuzers. Der Verwundete verführt nur geringen Schmerz und wird binnen acht Tagen genesen sein. Die Kugel wurde demnach entweder von dem Taschenspieler Schamozils, welches derselbe in der Hosentasche trug, aufgehalten, oder es war der Schuß selbst so schwach, daß schon die Kleider des Angeschossenen die Wirkung paralysierten.

### Frankreich.

Paris, 22. März. (Tel.) Die französische Regierung wird bei der deutschen die Genehmigung nachsuchen, die Ueberreste Carnots und Marceau nach Frankreich zurückzubringen zu dürfen. Derselben sollen neben den Gebeinen Baudins am 10. Juni im Pantheon beigelegt werden.

Das energische Vorgehen des französischen Ministers des Innern, Coustant, gegen die Patriotenliga und den Boulangismus hat im Feldlager des Generals ungemein erbittert, so daß dessen Parteigänger sich auf jede Weise zu revanchieren suchen. Daraus erklären sich die jüngsten Anschuldigungen, welche in der Deputiertenkammer gegen Coustant gerichtet wurden, von dem es unter anderem hieß, daß er seiner Zeit an bedeutlichen Finanzoperationen teilgenommen habe. Nachdem dieser Angriff sich als ein Fehlschlag erwiesen hatte, veröffentlichte das boulangistische Organ „La Cocarde“ jüngst eine Mittheilung, nach welcher die Minister Coustant und Rouvier einem der Hauptaktionäre des ebenfallts boulangistischen Blattes „La Presse“, Jaluzot, angedroht haben sollen, daß sie ihn seinen Prozeß gegen den Erbauer des Eiffelturmes verlieren lassen würden, falls sein Blatt den Feldzug betreffend die Verfassungsrevision im boulangistischen Sinne fortführen würde. Bei dem erwänten Prozeße handelt es sich bekanntlich darum, daß der große Unternehmer Jaluzot auf Grund eines mit Eiffel abgeschlossenen Vertrages das von anderer Seite angefochtene Recht, Abbildungen des modernen Babelturmes zu vervielfältigen, geltend macht. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht nun ein Schreiben des Boulangisten Jaluzot, welcher selbst erklärt, daß weder Coustant noch Rouvier ihm jemals eine ähnliche Erklärung gemacht habe, welche, falls sie richtig gewesen wäre, auf die Unabhängigkeit französischer Gerichte grelle Streiflichter hätte fallen lassen.

### Großbritannien.

London, 21. März. Der Marquis von Salisbury war neulich der Ehrengast bei einem konservativen Bankett in Waterford und hielt hier eine Rede, welche hauptsächlich der irischen Frage gewidmet war. Den Jubel der Barnelliten und Führer der Opposition darüber, daß die Barnell zugeschriebenen Briefe sich als Fälschungen erwiesen, bezeichnete er als übertrieben und lächerlich. Der Umstand, daß Barnells Unterschrift von einem irischen Nationalisten gefälscht worden sei, beweise an sich durchaus nicht, daß Barnell mit den ihm zugeschriebenen staatsmännischen Fähigkeiten und sittlichen Tugenden begabt sei. Die Regierung sei an den Briefen nicht im mindesten beteiligt. Weiter bemerkte der Premier, die Hoffnung, Ruhe und Wohlhabenheit in Irland wieder-

herzustellen, stütze sich auf die wesentliche Vermehrung der kleinen Grundbesitzer. Habe man dies erreicht, dann werde das Geschrei nach Homerule bald verstummen. Leider sei eine solche Gesetzgebung angesichts der gegenwärtigen Haltung der Opposition unmöglich. — Der Wahlkampf in Enfield verspricht nicht minder heiß zu werden, wie der in Kennington. Kandidat der Gladstoneaner ist Fairbairns, der der Konservativen Kapitän Bowles, Sohn des Gouverneurs der New River Company, eine der bedeutendsten Wasserwerkzeugfabriken in London. Die Nachwahl in Gorton an Stelle des verstorbenen liberalen Vertreters Peacock findet am Freitag statt. Hatch ist der von den Konservativen und Mather der von den Gladstoneanern aufgestellte Kandidat. — Nach den dem Parlament vorliegenden Marinevoranschlägen sollen 2630 000 Pfd. St. zum Bau neuer Kriegsschiffe, 1 350 000 Pfd. St. zur Vervollendung im Bau begriffener und 1 200 000 Pfd. St. zu Verbesserungen in den Schiffsbauhöfen verwandt werden. Unter dem Posten „Umbau“ werden 165 000 Pfd. St. gefordert, um einige Panzerschiffe, wie den „Thunderer“, die „Devastation“ und andere, mit neuen Geschützen und Maschinen zu versehen. Während des Jahres 1889/90 sollen in Portsmouth vollendet werden: 2 Schlachtschiffe erster Klasse, 3 Kreuzer zweiter Klasse, 3 dritter Klasse, 1 Schaluppe und 6 Torpedoboote erster Klasse; gefordert werden: 1 Schlachtschiff erster Klasse, 1 Torpedo-Depotsschiff; angefangen werden: 1 Schlachtschiff erster und 1 zweiter Klasse, 1 Kreuzer erster und 2 zweiter Klasse. In Devonport sollen vollendet werden: 2 Kreuzer dritter Klasse, 2 Torpedo-Kanonenboote erster Klasse, 6 Kanonenboote erster Klasse und 1 Segelbrigg; es sollen dafelbst begonnen werden: 1 Kreuzer erster und 2 zweiter Klasse und 1 Torpedo-Kanonenboot erster Klasse. Die übrigen in dem Jahre zu beginnenden Kriegsschiffe sind auf die Schiffsbauhöfe von Chatham, Sheerness und Pembroke vertheilt. Im ganzen sollen in dem Jahre 1889/90, die kontraktlich bestellt mit einbezogen, welche 2 Schlachtschiffe erster Klasse, 2 Kanonenboote erster Klasse und 6 Torpedoboote erster Klasse ausmachen, vollendet werden: 37 Schiffe, gefordert werden 4 und angefangen 20.

### Serbien.

Belgrad, 21. März. Gegenüber den Gerüchten von Abmachungen zwischen König Milan und der Regentschaft betreffs der inneren und auswärtigen Politik Serbiens wird von zuständiger Seite versichert, die Gerüchte seien durchaus unbegründet. Die Regentschaft konnte schon deshalb nicht solche Verpflichtungen übernehmen, weil sie auf streng konstitutionellem Boden stehe und deshalb nicht Verpflichtungen eingehen könne, welche ausschließlich dem Wirkungskreis der verantwortlichen Regierung angehören. — Die „Polit. Korresp.“ meldet, die Witwe des Fürsten Michael Obrenowitsch, Fürstin Arenberg, beglückwünschte den Regenten Nikitsch telegraphisch zu seiner zweiten Regenschafterei. — Allen Blättern, welchen unter der vorigen Regierung der Postdebit entzogen wurde, ist der Eingang in Serbien wieder gestattet worden. — Der begnadigte Radikalführer Pajitsch traf heute Abend in Bazias ein, wohin seine Anhänger ihn auf drei Schiffen entgegenführten. Er trifft heute Vormittag in Belgrad ein, wo große Ovationen für ihn vorbereitet werden.

Zu dem (von uns in telegraphischer Auszug mitgetheilten) Rundschreiben des neuen Ministers des Innern an die Präfekten schreibt man der „Allgemeinen Zeitung“ aus Belgrad: „Der Minister des Innern, Košta Tauschanowitsch, erließ ein Zirkular an die Kreisvorstände, in welchem er denselben die Grundprinzipien der Verwaltungspolitik des jetzigen radikalen Kabinetts mittheilt. Dieses Rundschreiben ist von einem eigenthümlich „schneidigen“ Geiste erfüllt und besonders scharf gegen die Mißbräuche der Amtsgewalt der Beamten gegenüber den Bürgern gehalten; es zeigt sich darin die Tendenz, der Polizeimißthätigkeit, unter welcher die Radikalen oft gelitten, ein Ende zu machen. Aus diesem Grunde macht das Zirkular den besten Eindruck und es wünschen auch die Oppositionellen lebhaft, daß dasselbe in dem Geiste, der aus den Worten desselben spricht, auch durchgeführt werde. Der Minister fordert in dem Zirkular zur strengsten Achtung vor den Bestimmungen der neuen Verfassung auf, durch welche die Rechtsverhältnisse des öffentlichen Lebens wesentlich geändert wurden. Die Behörden müssen jetzt gleichmäßig, streng gesetzlich amtieren, ein neuer Geist müsse sie beleben, ihre Verantwortlichkeit ist verschärft und es dürfen in keinem Falle Parteivorfürsinn herrschen. Die Autorität der Staatsbehörden muß gewahrt, dabei aber die verfassungsmäßige Freiheit der Bürger streng geachtet werden. Jede Amtshandlung zwischen den Bürgern und den Behörden muß gegreift sein auf die Verfassung, ausgehend von den Gesetzen, und deren Endziel sei die strengste Rechtmäßigkeit. Besonders empfiehlt der Minister den Kreisvorständen die Sicherheit der Personen und des Vermögens der Bürger, denn sie bilde den Grundstein der öffentlichen Wohlfahrt. Mit strenger Strafe droht der Minister jenen Beamten, die gegen die Gesetze handeln, aber auch die Unterlassungen und Fahrlässigkeiten im öffentlichen Dienste werde er streng ahnen. Die Regierung und die Behörden haben während der Minderjährigkeit des Königs eine erhöhte Verantwortlichkeit; jedes Hinderniß, welches die Aufgabe der Regierung hemme, werde er beseitigen; es sei Pflicht der Behörden, den Rechtsinn zu beleben durch strenge Gesetzmäßigkeit und sich dadurch die Achtung, das Vertrauen und die Liebe der Bürger zu gewinnen. Die Freiheit der Bürger, ihre Ansichten offen zu äußern, müsse hoch geachtet und geschätzt werden; das serbische Volk hat sich darauf seine Existenz gegründet, und so müssen die Behörden bestrebt sein, Freiheit und Ordnung in schöner Harmonie zu fördern.“

### Türkei.

Konstantinopel, 21. März. Am 8. April wird hier eine Konferenz von Vertretern der türkischen Eisenbahnverwaltungen zusammentreten, um sich zunächst mit den Verkehrsverhältnissen zu befassen und alsdann einen Tarif zu vereinbaren.

### Zeitungsstimmen.

Das „Leipziger Tagblatt“ macht auf die Nüchternheit aufmerksam, mit welcher die Sozialdemokratie sich auf die Reichstagswahlen vorbereitet, und knüpft daran folgende Mahnung: „Von den verschiedensten Seiten vernimmt man, daß die sozialdemokratische Umsturzpartei sich schon mit aller Kraft auf die nächsten Reichstagswahlen rüftet. Die Gründung sogenannter „volkstümlicher Wahlvereine“ in vielen Orten bedeutet weiter nichts, als daß die Sozialdemokraten schon jetzt zu den Wahlen mobil machen und die Gemüther der Wähler für ihre Zwecke einzufangen suchen. Die gewaltige Niederlage, welche die sozialdemokratische Partei bei den letzten Wahlen erlitt, eine Niederlage, die so groß war, daß die Vertreter dieser Partei im Reichstage auf weniger als die Hälfte der früheren Anzahl reduziert und das Königreich Sachsen von dieser Spezies von Volksvertretern ganz reinigend wurde, hat unzweifelhaft die Sozialisten auf das höchste ergrimmt und wird sie auf das höchste anspornen, jenen Mißerfolg wettzumachen. Es hat Sachsen zum höchsten Ruhme gereicht, im Kampfe gegen die Umsturzpartei einen solchen Erfolg errungen zu haben, es würde aber sehr betrübend sein, wenn bei den nächsten Reichstagswahlen nicht ein gleiches Resultat erzielt werden sollte. Und die Gefahr, daß die Feinde des Reichs wieder hier und da obenaufliegen könnten, liegt nahe, wenn nicht von Seiten der reichstreuen Parteilparteien eine so frühzeitige und energische Thätigkeit entfaltet wird, wie es die Sozialdemokraten thun. Leider ist in dieser Beziehung noch recht wenig zu spüren, und wir halten es für die Aufgabe der im Dienste der nationalen Parteien stehenden Presse, die Wähler dringend aufzufordern, sich bei Zeiten auf die nächsten Reichstagswahlen vorzubereiten. Man möge doch ja nicht bis zu den letzten Wochen vor dem Wahltermin warten, sondern überall schon bei Zeiten die Hände rühren, um, wenn der Tag der Wahlschlacht gekommen ist, gehörig gerüstet zu sein. Man täusche sich, wie gesagt, nicht; alle die rabiaten Elemente, welche im letzten aufgeregten Reichstage nicht eben zur Ehre Deutschlands einen förmlichen Grenzabbau aufzuführen, werden in brüderlicher Vereinigung suchen, wieder die Majorität zu erlangen.“

Zu dem schweizerischen Konferenzvorschlag, eine internationale Regelung des Arbeiterschutzes betreffend, schreiben die „Berl. Politischen Nachrichten“ folgendes: „Wenn von schweizerischer Seite Verhandlungen mit den übrigen beteiligten Staaten darüber angeregt sind, welche Fragen der Arbeiterschutzes zur internationalen Regelung sich eignen und empfehlen, so werden die großen Schwierigkeiten nicht zu verkennen sein, welche die Verschiedenheit der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern einer gleichmäßigen Ordnung wichtiger Gebiete dieser Gesetzgebung entgegenstellen. Schon innerhalb der einzelnen Staats- und Rechtsgebiete erschwert bekanntlich die Mannigfaltigkeit der Sitte, der Lebensgewohnheit und der wirtschaftlichen Bedürfnisse ein legislatives Vorgehen auf diesem Gebiet ungemein. Diese Schwierigkeiten wachsen naturgemäß, je mehr noch mit der Verschiedenheit staatlicher oder nationaler Entwicklung zu rechnen ist. Inwieweit es glücken kann, diese Schwierigkeiten erfolgreich zu überwinden, steht dahin. Für die deutsche Industrie könnte ein positives Ergebnis insofern nur erwünscht sein, als die heimische Arbeiterschutzesgebung ihr zu Gunsten der Arbeiter ein ungleich höheres Maß von Beschränkungen und Lasten auferlegt, als dies wenigstens bei der Mehrzahl ihrer Mitbewerber auf dem Weltmarkt jetzt der Fall ist. Es ist klar, daß infolge dessen die letzteren billiger produzieren können, als die deutsche Industrie, mithin unter günstigeren Bedingungen den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu führen im Stande sind, als diese. Nicht minder ist es unzweifelhaft, daß in der Folge die deutsche Industrie die ihr gebührende, für die geistliche Fortentwicklung notwendige Stellung in dem Weltverkehr nur so lange behaupten kann, als es ihr gelingt, durch Steigerung ihrer Leistung jene Nachteile auszugleichen. In wie großem Umfange dies aber auch noch geschieht, so wäre es doch gerade im Interesse der Erhaltung und Erweiterung der Arbeitsgelegenheit und des Arbeitsverdienstes der deutschen Arbeiter in hohem Grade erwünscht, daß Licht und Schatten in dem Kampfe um den Weltmarkt gleich vertheilt sind. Aber auch den Industrien der Nachbarländer muß im Interesse ihrer Arbeiterverhältnisse daran gelegen sein, daß zwischen ihnen und Deutschland eine gewisse Uebereinstimmung der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter Platz greift. Es kann auf die Dauer nicht fehlen, daß das Land, in welchem die Verhältnisse für die Arbeiter die weit günstigeren sind, gerade auf die besten Arbeitskräfte eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausübt. Aber nicht bloß der Verlust der besten Arbeiter droht. Der Rest wird mit Unzufriedenheit erfüllt und in einen Gegenfah zu den Arbeitgebern gesetzt werden, welcher für die industrielle Entwicklung von den nachtheilhaftesten Folgen sein muß, selbst wenn der Gegenseit nicht zu unheilvoller Schärfe sich gestaltet, wie dies bei untern weltlichen Nachbarn aus ähnlichen Gründen zum großen Schaden der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer bereits der Fall war. Auf die Dauer liegt daher eine gleichmäßige Regelung der wichtigsten Fragen der Arbeiterschutzesgebung im wohlverstandenen Interesse sowohl der deutschen, wie der mit ihr konkurrierenden Industrie und wäre daher unter diesen Gesichtspunkten sicher zu wünschen, wenn die von der Schweiz angeregten Verhandlungen trotz der entgegenstehenden großen Schwierigkeiten zu einem positiven Ergebnis führten.“ Die „Nationalzeitung“ schließt aus diesen Darlegungen, daß die deutsche Regierung sich an der Konferenz beteiligen werde.

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 22. März.

\*(Postales.) Am 1. April wird in dem zum Besten der bezirke der Postagentur in Ballenberg gehörigen Orte Schollhof eine Posthilfe eingerichtet werden.

\*(Großherzogliches Hoftheater.) Im Hoftheater begann gestern Abend der R. R. österreichische Hofopernsänger Ernst van Dyl ein leider nur auf zwei Abende berechnetes Gastspiel als „Roméo“. Durch den Wohlklang und die ausgezeichnete Schulung seiner umfangreichen Tenorsstimme wie nicht minder durch die Lebendigkeit der mimischen Darstellung brachte der Gast einen sehr vortheilhaften Eindruck hervor und das Publikum zeichnete ihn durch reichen Beifall aus. Lebhaftes Zeichen der Anerkennung wurden auch der Darstellerin der Juliette, Frau Reuß, zu theil. Wir behalten uns eine eingehendere künstlerische Würdigung des Gastes für den Bericht über die zweite Gastspielrolle des Herrn van Dyl vor.

□ Der sechste Verbandstag des Verbandes der badischen Landwirthschaftlichen Konsumvereine hat heute im Saale der „Bier Jahreszeiten“ dahier stattgefunden. Von 48 Vereinen waren zusammen etwa 100 Vertreter erschienen.

Seitens der Großh. Regierung wohnte Herr Ministerialrat Buchenberger den Verhandlungen bei, während die Herren Hofrath Dr. Reßler, Hofrath Dr. Just und Assistent Dr. Beinling als Gäste erschienen waren. Nachdem der Verbandspräsident, Herr Deconomierath Märklin, die Versammlung eröffnet und die Erklärungen bezüglich begrüßt hatte, ergreift Herr Ministerialrat Buchenberger das Wort, um sich über die Thätigkeit der landwirtschaftlichen Konsumvereine im Einzelnen, wie des Verbandes derselben zu äußern, wobei derselbe namentlich auch über die Nothwendigkeit der Schaffung einer Organisation behufs besserer Verwertung des Schlachtwiehs sich eingehend verbreitete. Steingötter-Radenburg dankte darauf für das von dem Herrn Vorredner für die Sache des Verbandes belobte Wohlwollen der Regierung und erheben sich die Versammelten auf des Redners Antrag zum Zeichen ihrer Zustimmung von den Sitzen.

In die Tagesordnung eingetretener erstattet Herr Deconomierath Märklin als Verbandspräsident den Jahresbericht, dem wir entnehmen, daß dem Verband während des Jahres 63 Vereine mit 1922 Mitgliedern beigetreten, während durch Auflösung oder andere Ursachen 6 Vereine mit etwa 150 bis 200 Mitgliedern aus dem Verbandsverbande ausgeschieden sind. Zur Zeit zählt der Verband 234 Vereine mit 12154 Mitgliedern gegen einen Bestand von 227 Vereinen mit 9057 Mitgliedern im Vorjahre. Mit der Beratung über den sehr ausführlichen Jahresbericht wird zugleich die Besprechung von Verbandsangelegenheiten verbunden und dabei in erster Reihe die bereits von dem Herrn Regierungskommissar gestreifte Frage der Errichtung von Genossenschaftsschlachtereien lebhaft diskutiert und ergibt sich im Allgemeinen eine Zustimmung zu diesem Projekt. Nach längerer Debatte, an der sich auch Herr Ministerialrat Buchenberger betheiligt, wird der folgende Antrag einstimmig angenommen:

Die Verbandsleitung sei zu ersuchen, thunlich im Benehmen mit dem Vorstand des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe die Frage zu erörtern, in welcher Weise sich eine bessere Verwertung von Schlachtwiech durch Anschaffung des Viehs und Verkaufes des ausgeschlachteten Fleisches auf gemeinsame Rechnung erzielen lasse, und zu diesem Behufe die baldige Einsetzung einer Kommission zwecks rascher Verwirklichung dieses Planes herbeizuführen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wird sodann die Beschaffung und Verwendung von künstlichen Düngemitteln besprochen und dabei besonders betont, sich nicht durch niedrigere Preise, wie sie oft Spekulationsweise von Händlern gefordert werden, irre machen zu lassen, denn meist entsprechen dann eben auch die Qualität dem Preise der Waare, vielmehr möge man sich im Bedarfsfalle rechtzeitig an den Verband wenden, der so gut und so billig liefert, wie er es könne.

Ebenso wird beim Anlauf von Samereien dringend zur Vorsicht gewarnt, und von Herrn Hofrath Dr. Just vor Allem die Einsetzung von Proben an die Versuchsanstalt zur Prüfung empfohlen. Auch weitere Bedarfartikel werden noch in den Kreis der Beratungen gezogen und schließlich dann noch die vorjährige Rechnung als unbeanstandet erklärt. Mit einigen geschäftlichen Bemerkungen erklärte sodann der Herr Verbandspräsident den heutigen Verhandlungstag, auf dessen Verhandlungen wir noch zurückkommen werden, für geschlossen. Danach vereinigte in dem unteren Saale der „Vier Jahreszeiten“ die Mehrzahl der Teilnehmer ein gemeinsames Mittagessen.

Heidelberger Professoren und Studenten in Rom. Nachdem wir bereits wiederholt von der Studienreise Heidelberger Studenten nach Italien berichtet haben, sind wir heute in der Lage, nachstehendes uns zugegangenes Telegramm aus Rom mitzutheilen: Zu Ehren der Professoren v. Duhn, Jangemeister und v. Domagala, welche mit Heidelberger Studenten auf einer Studienreise hier eingetroffen sind, fand gestern Abend eine Festsfeier des Vereins der periodischen Presse unter Vorsitz des Professors Bonghi statt. Der Feier wohnten der deutsche Botschafter Graf Solms, der preussische Gesandte v. Schölzer, das Personal der deutschen Botschaft, viele Mitglieder der deutschen Kolonie, der Unterrichtsminister Fossli, der Kammerpräsident, der Bürgermeister von Rom, zahlreiche Senatoren und Deputirte bei. Professor Dr. v. Duhn dankte in italienischer Sprache für den festlichen Empfang und brachte ein Hoch auf das Königshaus, auf Italien und die deutsch-italienische Allianz aus, welche der Welt den Frieden zu sichern bezwecke. Die Festversammlung antwortete mit einem brausenden Hoch auf Deutschland.

Musikaufführung. Zur Mitwirkung bei der am Palmsonntag in der Festhalle stattfindenden Musikaufführung, „Die heilige Elisabeth“, haben sich auf die von Herrn Direktor Motzler ergangene Aufforderung sofort binnen zwei Tagen bereits 300 Sänger und Sängerinnen angemeldet. Nicht gerechnet bei dieser Zahl sind ca. 60 Herren der Riederhalle, deren Mitwirkung in Aussicht steht und welche insbesondere den vorerwähnten Männerchor (die Kreuzfahrer) verstärken sollen. Die erste Probe wird schon Sonntag Vormittag 1/2 12 Uhr im großen Musiksaal stattfinden.

Der Karlsruher Reiter-Verein veranstaltet am Sonntag, den 28. April, Nachmittags 3 Uhr, auf dem großen Exercierplatz ein Rennen, wobei ein Galopprennen für badische Pferdezüchter auf selbstgezogenen und in der Landwirtschaft verwendeten Pferden stattfinden wird.

Mannheim, 21. Febr. (Bermächtnisse. — Vortrag. — Ortskrankenkassenwesen.) Der vor einigen Wochen dahier verstorbene Hofrath Kumpel hat in seinem Testament folgende Verfügungen zu wohltätigen Zwecken getroffen: Seiner Vaterstadt St. Johann bei Saarbrücken 25 000 M. zu einer Stiftung für alte gebrechliche und unheilbare Einwohner, der von dem Heimgegangenen begründeten Witwen- und Waisenstiftung des hiesigen groß. Hoftheaters 25 000 M., der hiesigen evangelisch-protestantischen Kirchengemeinde 4 000 M., dem badischen Zweigverein des Gustav-Adolf-Vereins 4 000 M., der badischen Zweig-Schillerstiftung 4 000 M., dem hiesigen Kunstverein 4 000 M. zum Ankauf von Gemälden und 1 000 M. der hiesigen Kleinkinderschule, im Ganzen also 67 000 M. — Im kaufmännischen Verein hielt vorgestern Abend Herr Professor Dr. W. Duden aus Gießen einen Vortrag über das Thema: Der Vorabend des Krieges von 1870. Der Redner schilderte in ergreifenden, von echtem Patriotismus durchglänzten Worten die Veranlassung zum Kriege und die Stimmung des Volkes am Vorabend dieses glorreichen Feldzuges. — Eine verlässliche Zusammenstellung des auf den Kopf eines Mitgliedes entfallenden Vermögens der hiesigen Ortskrankenkasse gemäß den Rechnungsabschlüssen pro 31. Dezember 1888 ergibt: 1. Ortskrankenkasse I: Vermögen 46 845 M. 73 Pf., Mitgliederzahl 5 965, somit Vermögen pro Kopf eines Mitgliedes 8 M. 79 1/2 Pf.; 2. Ortskrankenkasse der Transportgewerbe: Vermögen 29 523 M. 81 Pf., Mitgliederzahl 1 220, somit Vermögen pro Kopf 24 M.

1999 Pf.; 3. Ortskrankenkasse der Handlungsgehilfen: Vermögen 31 994 M. 89 Pf., Mitgliederzahl 977, somit Vermögen pro Kopf 32 M. 74 1/2 Pf.; 4. Ortskrankenkasse der Cigarren- und Tabakarbeiter: Vermögen 3 625 M. 1 Pf., Mitgliederzahl 406, Vermögen pro Kopf 8 M. 92 1/2 Pf.

### Verchiedenes.

Berlin, 21. März. Ursachen der Zugsperrungen. Nach der amtlichen im Reichs Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der Verspätungen der auf deutschen Eisenbahnen (ausschließlich der bairischen) im Jahre 1888 beförderten Züge wurden von denselben durch atmosphärische Einflüsse verursacht: in Folge Schneeverwehungen 1 899, durch Sturm und Regen (Wolkenbrüche) 562, durch Nebel, Glätteis, Reif u. 95.

W. Bremen, 21. März. (Rasche Fahrt.) Der dem Norddeutschen Lloyd gehörige Schnelldampfer „Lahn“, welcher am 13. d. M., Nachmittags 4 Uhr von New-York abgegangen ist, traf gestern Abend 11 1/2 Uhr in Southampton ein und hat also die 3 100 Seemeilen betragende Entfernung in der außergewöhnlich kurzen Zeit von 7 Tagen und 2 Stunden zurückgelegt.

Wien, 21. März. (Todesfall.) Der Professor an der Akademie der bildenden Künste August v. Pettenkofen ist gestorben.

### Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 22. März. Ihre Majestäten der Kaiser und der Kaiserin statten heute Mittag um 12 1/2 Uhr Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta einen längeren Besuch ab und einen eben solchen Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden. Sodann begaben die Kaiserlichen Majestäten und die Badischen Herrschaften sich in die Räume des hochseligen Kaisers Wilhelm. Abends erscheinen der Kaiser und die Kaiserin, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen zum Thee bei der Kaiserin Augusta.

Berlin, 22. März. General v. Grolmann ist zum Kommandirenden General des 11. Armee-corps ernannt, Generallieutenant v. Hünnich mit der Führung des 4. Armee-corps beauftragt, Generallieutenant v. Versen zum Kommandeur der Kavalleriedivision des 15. Armee-corps, die Generale v. Häfeler, v. Schlieffen und v. Holleben sind zu Oberquartiermeistern ernannt, General Vogel v. Falckenstein wurde zum Kriegsministerium kommandirt, Generalmajor Prinz Albert von Altenburg ist zum Kommandeur der 3. Garde-Kavalleriebrigade und Seine königliche Hoheit der Erbprinz von Baden zum Oberst und Kommandeur des in Freiburg garnisontirenden Infanterie-Regiments Nr. 113 ernannt.

Wien, 22. März. Das Abgeordnetenhaus nahm in namentlicher Abstimmung den Budgettitel „Centralleitung des Unterrichts“ mit 158 gegen 89 Stimmen an. Für den Titel stimmte die ganze Rechte mit Ausnahme der Junggehegen.

Fest, 22. März. Dem „Fester Lloyd“ zufolge dürfte Tisza in nicht ferner Zeit das Portefeuille der Finanzen abgeben und selbst wieder das Ressort der innern Angelegenheiten übernehmen. Vorläufig übernimmt der Minister der öffentlichen Arbeiten, Baroz, die Leitung des Ministeriums des Innern. — Im Unterhaus besprachen heute die oppositionellen Abgeordneten Urban und Raas unter heftigen Ausfällen gegen die Polizei und die Regierung die geführten Demonstrationen, wogegen die Rechte protestirte. Tisza antwortete unter stürmischem Beifall der Rechten und dem Widerspruch der Linken; er wies auf seine Wirksamkeit der Konsolidierung Ungarns hin und verurtheilte den Appell an die Strafe. Er erklärte

die Unterwerfung der Majorität unter die Tyrannei der Minorität im Interesse des Landes niemals annehmen zu können und bezeichnete die im Parlament heute vorgekommenen Ausfälle gegen die nur ihre Pflicht erfüllende Polizei als beispiellos. Der Präsident rief mehrere oppositionelle Abgeordnete wegen beleidigender Zwischenrufe zur Ordnung.

Genua, 22. März. Das Packetboot „San Gotardo“, welches aus Brasilien ankam, wurde auf der Insel Asinara in Quarantaine genommen, weil auf der Ueberfahrt des Schiffes drei Personen am gelben Fieber gestorben sind.

London, 22. März. Das Unterhaus hat in erster Lesung die Bill betreffs Einlösung der nichtkonvertirten 3proz. Consols (zusammen 41 Millionen) bis zum 6. Juli gegen 2 1/2proz. Consols oder Schaßamtswechsel angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

### Großherzogliches Hoftheater.

Reperitoirewurf vom 24. bis mit 31. März 1889.  
Sonntag, 24. März. 5. Vorst. außer Ab. mit erhöhten Preisen. „Lohengrin“, große romantische Oper in 3 Aufzügen von Rich. Wagner. Anfang 6 Uhr. Lohengrin: Herr Van Dyk als Gak. Montag, 25. März. 41. Ab.-Vorst. Zum 1. Male wiederholt: „Tartarinus“, Trauerspiel in 5 Akten von Friedr. Kummer. Anfang 1/2 7 Uhr.  
Donnerstag, 28. März. 42. Ab.-Vorst. „Fidelio“, Oper in 2 Aufzügen von Ludwig van Beethoven. Anfang 1/2 7 Uhr.  
Freitag, 29. März. 43. Ab.-Vorst. „Osemonds Töchter“, Originalvolkstück in 4 Akten von Adolf Arronge. Anf. 1/2 7 Uhr.  
Sonntag, 31. März. 44. Ab.-Vorst. „Don Juan“, große Oper in 2 Aufzügen mit den dazu komponirten Rezitationen von W. A. Mozart. Anfang 6 Uhr.  
In Baden. Mittwoch, 27. März. 25. Ab.-Vorst. „Romeo und Julie“, große Oper mit Ballet in 5 Aufzügen nebst einem Vorspiel von F. Barbier und M. Carré. Deutsch von Theob. Gahmann. Musik von Ch. Gounod. Anfang 1/2 7 Uhr.

### Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.  
Geburten. 19. März. Karl Josef, S. v. Karl Armbruster Schreiner. — 20. März. Marie Sofie, S. v. Otto Ruffler, Assistent der Centralverwaltung.  
Eheaufgebot. 21. März. Emil Burkhard von Berlin, Instrumentenmacher hier, mit Hulda Schulz von Berlin.  
Todesfälle. 21. März. Wilhelm Fleischmann, Ehemann, Bahnarbeiter, 49 Jahre. — Amalie, Witwe von Notar Ambros Fink, 70 J. — 22. März. Hermann Hofmann, Ehemann, Glaser, 41 J. — Leopold, 10 M. 26 J., S. v. Franz Das, Installateur.

### Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

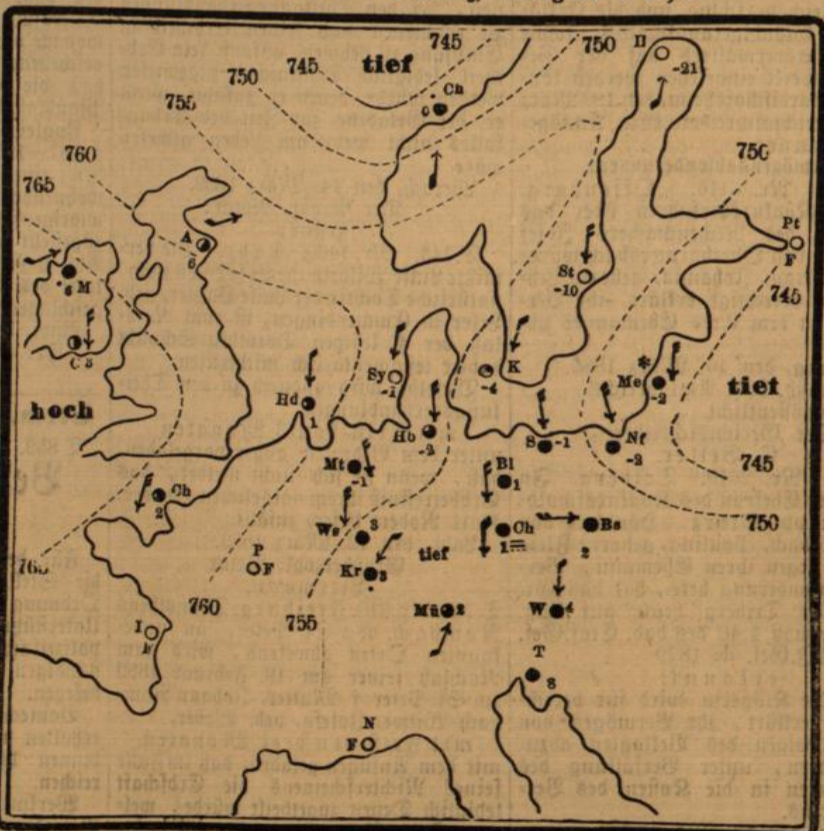
März	Barom.	Therm.	Rel. Feucht.	Wind.	Witterung.
21. Nachts 9 U.	737.2	+ 4.6	5.9	94	SW bedekt
22. Morgs. 7 U.	741.3	+ 3.5	5.7	97	R
22. Morgs. 2 U.	747.6	+ 2.5	4.3	77	R

1) Regen. Regen = 14.4 mm der letzten 24 Stunden. 2) Sturm und Regen.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 22. März, Morgs., 3,78 m. gestiegen 24 cm.

Brillen, Zwickler, Lorgnetten in massivem Gold und in Goldplattirt von M. 8.50 an. Nidelfeinst M. 3.—, Büffelhorn von M. 3.—, Schildkröte von M. 5.— an einchl. bester Gläser und korrekter Untersuchung der Augen fertigt und sendet nach auswärts portofrei: G. Barth, Optiker, Karlsruhe, Kaiserstraße 46. Spezialität: Anfertigung von Augengläsern jeder Art.

### Wetterkarte vom 22. März, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Der hohe Druck, dessen Kern über dem Westen Großbritanniens liegt, hat sich über die Nordsee hin ausgedehnt; da zugleich Depressionen über den russischen Dniepropinggen und über Süddeutschland liegen, so sind für Mitteleuropa nördliche Winde, welche Abkühlung gebracht haben, vorherrschend geworden und ist das Wetter zu Regen- und Schneefällen geneigt.

Erklärung. Die den Stationen beigefügten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die den Kurven (Isobaren) beigefügten Zahlen bezeichnen den auf das Meer reducirten Barometerstand in Millimeter.

A. Aberdeen. B. Berlin. C. Breslau. D. Götting. E. Chemnitz. F. Ebernburg. G. Eger. H. Hamburg. I. Heilbronn. J. Köln. K. Rostock. L. Stettin. M. Wismar. N. Wismar. O. Wismar. P. Wismar. Q. Wismar. R. Wismar. S. Wismar. T. Wismar. U. Wismar. V. Wismar. W. Wismar. X. Wismar. Y. Wismar. Z. Wismar.

### Frankfurter telegraphische Kuraberichte.

von 22. März 1889.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4 1/2% Deutsche Reichsanleihe 108.95	Staatsbahn 204 1/2
4 1/2% Preuss. Konf. 108.60	Lombarden 84 1/2
4 1/2% Baden in fl. 103.15	Galizier 171.70
4 1/2% in R. 105.55	Elbthal 176 1/2
Oester. Goldrente 93.70	Mittelb. 150.60
Silberrent. 70.50	Wien 110.70
4 1/2% Ungar. Goldr. 83.30	Wiener 173.—
1877r. Russen —	Wien 173.—
1880r. —	Wien 173.—
II. Orientanleihe 67.60	Wien 173.—
Italiener 95.80	Wien 173.—
Ägypter 88.10	Wien 173.—
Spanier 74.50	Wien 173.—
Serben 82.50	Wien 173.—
Kreditaktien 254 1/2	Wien 173.—
Disconto-Kommandit 239.40	Wien 173.—
Basler Banker. 154.50	Wien 173.—
Darmstädter Bank 172.90	Wien 173.—
5 1/2% Serb. Hyp. Ob. 84.70	Wien 173.—

Frankfurt. 22. März. 164.30. Kreditaktien 164.30. Staatsbahn 102.10. Lombarden 43.20. Disconto-Kommandit 243.40. Luraabütte 136.60. Dortmunder 96.50. Marienburger 83.30. Böhm. Nordbahn —. Wien. 22. März. 303.90. Kreditaktien 303.90. Staatsbahn 102.10. Lombarden 84.10. Disconto-Kommandit 243.40. Luraabütte 136.60. Dortmunder 96.50. Marienburger 83.30. Böhm. Nordbahn —.

